

STADT VELBERT

NIEDERSCHRIFT

über die **Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses**

am **Dienstag, dem 25.04.2017**

(19. Sitzung)

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:35 Uhr

Sitzungsort: Saal Velbert, Rathaus, Thomasstraße 1, 42551 Velbert

Unter Vorsitz des Bürgermeisters Herrn Lukrafka sind anwesend:

a) die stimmberechtigten Ausschussmitglieder:

Herr Arshad
Frau Becker
Herr Dr. Bender
Herr Cleve
Herr Demircan für Herrn aus dem Siepen
Herr H. Gohr
Herr Hübinger
Frau Dr. Kanschat
Herr Ludwig für Herrn Bolz
Herr Martin für Herrn Ratajczak
Herr Otterbeck für Frau Djuric
Herr K. Schneider
Herr Tonscheid
Herr Weise

b) das beratende Ausschussmitglied:

Herr T. Küppers

c) von der Verwaltung:

Herr Beigeordneter Bensch
Herr I. Beigeordneter Richter
Herr Bellingkrodt
Herr Blißenbach
Herr Bredtmann
Frau Kaiser
Herr Kreuzer
Herr Lindemann (Vorstand TBV AöR)

Herr Peitz
Herr Sauerwein
Frau Weicheld

d) von der Presse:

drei Vertreter

e) als Schriftführer:

Herr Welte

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 17:02 Uhr, er begrüßt die Anwesenden und stellt eine form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Dem Vorschlag des Bürgermeisters die Tagesordnung um die beiden Tischvorlagen, die vor Beginn der Sitzung verteilt worden sind, zu erweitern, stimmt der Ausschuss einmütig zu.
(neue Tagesordnungspunkte 15.1 und 19.1)

Bei den Vorlagen handelt es sich um die Nummern 151/2017 („Anfrage der Fraktion Piraten Partei; Gebühren in Nachbarstädten für die Sondernutzungen öffentlicher Flächen“) und 149/2017 („Personalangelegenheiten; Ernennung des stellv. Leiters der Freiwilligen Feuerwehr Velbert“).

Der Bürgermeister stellt fest, dass es keine weiteren Änderungswünsche hinsichtlich der Tagesordnung gibt und der Ausschuss genehmigt folgende **Tagesordnung**:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO
2. Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 461.01 - Ansembourgallee -
Hier: Stellungnahmen der Stadtwerke Velbert vom 22.04.2015 (frühzeitige Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB) und vom 07.12.2016 (Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB)
3. Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 461.01 - Ansembourgallee - als Satzung
4. Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 636.01 - Fliederbusch / Am Thekbusch - als Satzung
5. Änderung der Richtlinien der Stadt Velbert über die Gewährung von Zuwendungen zur Neugestaltung von Außenanlagen und Fassaden in Stadtumbau- und Stadterneuerungsgebieten
6. Schiedsamsangelegenheiten
Einrichtung der gegenseitigen Stellvertretung der Schiedspersonen in Velbert-Neviges und Velbert-Langenberg
7. Schiedsamsangelegenheiten
Wiederwahl der Schiedsfrau für den Schiedsamsbezirk Velbert-Mitte (PLZ-Bereich 42551)

8. Öffentlicher Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV)
Ausschreibung von öffentlichen Personenverkehrsdiensten im Ortsverkehr der Stadt Velbert
9. Vorhabenplan 2017
10. Bestellung des allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters aus dem Kreis der Beigeordneten
11. Mieten für städtische Immobilien
12. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
- Open Data -
13. Haushaltsangelegenheiten
- 13.1 Haushaltsangelegenheiten
hier: Ermächtigungsübertragungen von 2016 nach 2017
- 13.2 Haushaltsangelegenheiten
Stand der HSP-Maßnahmen zum IV. Quartal 2016
14. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen
- 14.1 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2016
15. Nachträge
- 15.1 Anfrage der Fraktion Piraten Partei
Gebühren in Nachbarstädten für die Sondernutzungen öffentlicher Flächen
16. Mitteilungen der Verwaltung
17. Verschiedenes

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

18. Grundstücksangelegenheiten
19. Personalangelegenheit
- 19.1 Personalangelegenheiten
Ernennung des stellvertretenden Leiters der Freiwilligen Feuerwehr Velbert
20. Schiedsamsangelegenheiten
Wiederwahl der Schiedsfrau für den Schiedsamsbezirk Velbert-Mitte (PLZ-Bereich 42551)
21. Steuerangelegenheiten
Befristete Niederschlagung von Gewerbesteuer, Nachzahlungszinsen und Hinterziehungszinsen
22. Nachträge
23. Mitteilungen der Verwaltung
24. Verschiedenes
25. Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Beratung der vorstehenden Tagesordnungspunkte führt zu folgenden **Ergebnissen**:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO

Der Bürgermeister begründet, warum die Anregung gem. § 24 GO „Informationstafeln zur Geschichte der Juden in Velbert“ noch nicht Gegenstand der Beratung in der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sei.

Nachdem von allen drei Bezirksausschüssen dem Grundsatzbeschluss positiv zugestimmt worden sei, stünden vorab noch Gespräche mit dem Eingeber an. Die Standortfragen für die 12 Schilder, deren mögliche Folgekosten und die Finanzierung der Maßnahme sollten vorab abschließend geklärt sein, bevor die Entscheidung im Haupt- und Finanzausschuss herbeigeführt werde. Es sei vorgesehen, diese Angelegenheit möglicherweise im Haupt- und Finanzausschuss am 13.06.2017 erneut zu thematisieren bzw. zu beschließen.

2. Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 461.01 - Ansembourgallee - Hier: Stellungnahmen der Stadtwerke Velbert vom 22.04.2015 (frühzeitige Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB) und vom 07.12.2016 (Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB)

Vorlage: 40/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein, zeigt die bisherigen Beratungsergebnisse auf und stellt den Beschluss, ohne weitere Wortmeldungen, zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür
1 Stimme dagegen (Die Linke)
0 Enthaltungen

3. Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 461.01 - Ansembourgallee - als Satzung

Vorlage: 41/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und weist darauf hin, dass die vorbereitenden Gremien, der BZA-Nevigés und der Umwelt- und Planungsausschuss, den Beschlussvorschlag der Verwaltung erweitert haben. Beide Ausschüsse haben sich dafür ausgesprochen, dass bei einer erneuten Veränderung des Bebauungsplanes Nr. 461.01 – Ansembourgallee – eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung / Bürgerbeteiligung durchzuführen sei.

Der Bürgermeister stellt fest, dass es keine Wortmeldungen gibt und stellt den erweiterten Beschluss zur Abstimmung.

Über den Beschlussvorschlag der Verwaltung wird nicht abgestimmt.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Den Abwägungsvorschlägen der Beteiligungen der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 (1) und (2) sowie § 4 (1) und (2) BauGB, dargelegt in Teil III der Planbegründung, wird gefolgt.
2. Der Begründung gemäß § 9 Absatz 8 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 461.01 – Ansembourgallee – wird zugestimmt.
3. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 461.01 umfasst die Grundstücke Gemarkung Neviges, Flur 13, Flurstück Nr. 533 (teilweise), 909 (teilweise) und 911 sowie 908 (teilweise), 704 (teilweise), 910 (teilweise) und 912 (teilweise).
4. Der Bebauungsplan Nr. 461.01 – Ansembourgallee – wird gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Beratungsergebnis: ohne Abstimmung

Im Haupt- und Finanzausschuss gefasster Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen der Beteiligungen der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 (1) und (2) sowie § 4 (1) und (2) BauGB, dargelegt in Teil III der Planbegründung, wird gefolgt.
2. Der Begründung gemäß § 9 Absatz 8 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 461.01 – Ansembourgallee – wird zugestimmt.
3. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 461.01 umfasst die Grundstücke Gemarkung Neviges, Flur 13, Flurstück Nr. 533 (teilweise), 909 (teilweise) und 911 sowie 908 (teilweise), 704 (teilweise), 910 (teilweise) und 912 (teilweise).
4. Der Bebauungsplan Nr. 461.01 – Ansembourgallee – wird gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung beschlossen.
5. Bei einer erneuten Veränderung des Bebauungsplanes Nr. 461.01 – Ansembourgallee – ist eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung / Bürgerbeteiligung durchzuführen.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür
1 Stimme dagegen (Die Linke)
0 Enthaltungen

**4. Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 636.01
- Fliederbusch / Am Thekbusch - als Satzung**
Vorlage: 62/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein, zeigt die bisherigen Beratungsergebnisse auf und stellt den Beschluss, nachdem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihre ablehnende Haltung (keine Bebauung einer Gemeinbedarfsfläche) begründet hat, zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen der Beteiligungen der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 (1) und (2) sowie § 4 (1) und (2) BauGB, dargelegt in Teil III der Planbegründung, wird gefolgt.
2. Der Begründung gemäß § 9 Absatz 8 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 636.01 – Fliederbusch / Am Thekbusch – wird zugestimmt.
3. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes beinhaltet folgende Grundstücke der Gemarkung Velbert, Flur 57: Flurstücke 358, 1156 und 1157.
4. Der Bebauungsplan Nr. 636.01 – Fliederbusch / Am Thekbusch – wird gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür
2 Stimmen dagegen (Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke)
0 Enthaltungen

5. Änderung der Richtlinien der Stadt Velbert über die Gewährung von Zuwendungen zur Neugestaltung von Außenanlagen und Fassaden in Stadtumbau- und Stadterneuerungsgebieten

Vorlage: 78/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein, zeigt die bisherigen Beratungsergebnisse auf und stellt den Beschluss, ohne weitere Wortmeldungen, zur Abstimmung.

Beschluss:

Die 3. Änderung der Richtlinien der Stadt Velbert über die Gewährung von Zuwendungen zur Neugestaltung von Außenanlagen und Fassaden in Stadtumbau- und Stadterneuerungsgebieten wird beschlossen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**6. Schiedsamsangelegenheiten
Einrichtung der gegenseitigen Stellvertretung der Schiedspersonen in Velbert-Neviges und Velbert-Langenberg**

Vorlage: 55/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein, zeigt die bisherigen Beratungsergebnisse auf und stellt den Beschluss, ohne weitere Wortmeldungen, zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Schiedspersonen der Schiedsamsbezirke Velbert-Neviges und Velbert-Langenberg vertreten sich ab dem 02.05.2017 gegenseitig im Ehrenamt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**7. Schiedsamsangelegenheiten
Wiederwahl der Schiedsfrau für den Schiedsamsbezirk Velbert-Mitte
(PLZ-Bereich 42551)**

Vorlage: 80/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein, weist auf die positive Beschlussfassung des BZA-Mitte hin und stellt den Beschluss, ohne weitere Wortmeldungen, zur Abstimmung.

Beschluss:

Frau Sylvia Weidinger wird als Schiedsfrau für den Schiedsamsbezirk Velbert-Mitte (PLZ 42551) für die Dauer von 5 Jahren wiedergewählt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**8. Öffentlicher Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV)
Ausschreibung von öffentlichen Personenverkehrsdiensten im Ortsverkehr der
Stadt Velbert**

Vorlage: 74/2017

Der Bericht des Bürgermeisters hinsichtlich der Notwendigkeit der Ausschreibung von öffentlichen Personenverkehrsdiensten (für die 7 OV-Linien) im Ortsverkehr der Stadt Velbert wird zur Kenntnis genommen.

Seitens der Fraktion Die Linke wird appelliert, dass im Zusammenhang mit der Ausschreibung die „sozialen Standards“ berücksichtigt und das Tariftreuegesetz NRW angewendet werden sollen.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion, wann denn der Arbeitskreis das nächste Mal tage, teilt der Bürgermeister mit, dass dies in Kürze geschehen werde.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

9. Vorhabenplan 2017

Vorlage: 125/2017

Zu Beginn einer ausführlichen Diskussion begründet Herr Martin (CDU-Fraktion) anhand von Beispielen seine Auffassung, dass die veranschlagten Kosten für die einzelnen Maßnahmen sehr hoch angesetzt worden seien. Er schätzt sämtliche Maßnahmen als „relativ teuer“ ein.

Der Stadtkämmerer, Herr Beigeordneter Bensch, erklärt die vorgenommenen Preiskalkulationen und weist darauf hin, dass die Preise für die zu erbringenden Leistungen in jüngerer Vergangenheit stetig gestiegen seien.

Seitens der CDU-Fraktion wird darauf hingewiesen, dass der für das NEG zu errichtende Treppenturm auf keinen Fall vor die Fassade des Gymnasiums zu setzen sei, sondern im hinteren Bereich des Pausenhofs.

Die SPD-Fraktion führt aus, dass man hinsichtlich des Baus des Feuerwehrgebäudes in Tönisheide bereits mehrfach vertröstet worden sei und ein akuter unverzüglicher Handlungsbedarf bestehe. Es wird nach der Umsetzung gemäß des Vorhabenplans gefragt. Seitens der Verwaltung wird berichtet, dass die Realisierung der Maßnahme nicht in Eigenleistung realisierbar sei und daher Bieter für die Leistungen finden müsse, was sich wiederum derzeit als sehr schwierig erweise. Viele Handwerksbetriebe würden (infolge der vorliegenden Leistungsbeschreibung) überhaupt keine Angebote abgeben. Verwaltungsseits habe man sich nunmehr darauf verständigt, den Auftrag an ein Generalunternehmen zu vergeben. Somit könne die Maßnahme zeitnaher realisiert werden.

Der Punkt „Thomasstraße 1, VG Gesamtanierung Altbau oder Ersatzneubau“ löst im Ausschuss Verwunderung aus. Ohne vorherige Ankündigung und / oder Besprechung diese Maßnahme in den Vorhabenplan aufzunehmen, wirkt überraschend. Seitens der Fraktion Velbert anders wird dafür plädiert, dass ein Grundsatzbeschluss in den politischen Gremien gefasst werden solle, ob grds. eine Sanierung oder ein Neubau realisiert werden sollte.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht bei der Aufnahme dieser Maßnahme in den Vorhabenplan von „einem Schlag ins Gesicht für die Schulen, Kindertagesstätten etc.“. Die Frage nach möglichen Synergien wird aufgeworfen und um eine Begründung der Dringlichkeit für die Maßnahme gebeten. Zudem wird um die Zurverfügungstellung der entsprechenden Zahlen, Daten, Fakten gebeten, um die Kosten in Höhe von ca. 7 Mio. € nachvollziehen zu können.

Der Bürgermeister räumt ein, dass die Verwaltung mit dem Vorhabenplan erstmals die Absicht zur Kenntnis gegeben habe, den Altbau des Rathauses zu sanieren oder neu zu bauen. Der Ausgang sei noch völlig offen. Mit der Aufnahme der Maßnahme in den Vorhabenplan soll die Diskussion angestoßen werden. Dies sei als „Startschuss“ zu bewerten.

Auf Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilt der Bürgermeister mit, dass die Mittelwendung aus dem Projekt „Gute Schule 2020“ im Haushalt 2017 nachvollzogen werden könne. Somit sei ausgeschlossen, dass Gelder aus dem Projekt woanders einfließen könnten.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion begründet die Verwaltung die langwierige und zeitintensive Sanierung des Jugendzentrums Höferstraße. Es habe Probleme mit Auftragnehmern geben. Ein Auftragnehmer habe z.B. so „geschwächelt“, dass der Vertrag letztendlich aufgelöst worden sei.

Die Verwaltung gibt auf Nachfrage der Fraktion Velbert anders einen aktuellen Sachstandsbericht im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Erweiterungsbau für die OGS in der Grundschule Bartelskamp. Diese Grundschule soll dauerhaft als Ganztagsbetrieb geführt werden.

Die Frage der SPD-Fraktion, ob der Punkt „Neubau Grundschule Kastanienallee“ als „Platzhalter“ einzustufen sei, wird von der Verwaltung bestätigt.

Seitens der FDP-Fraktion wird die Ablehnung zum Vorhabenplan damit begründet, dass den nachfolgend aufgeführten Maßnahmen

- 1.080 „Kolpingstraße 34, VG, Schloss- und Beschlägemuseum“
- 1.081 „Am Offers 3, VG, Haus am Offers“
- 1.118 „Vogteier Straße 6, JZ, Umbau und Sanierung zum Stadtteilzentrum“ und
- 1.127 „Neubau GS Kastanienallee“

nicht zugestimmt werde.

Der Bürgermeister stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt und stellt den Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem Vorhabenplan des FB 7 wird zugestimmt.

Der Beschluss für die Verwendung der Mittel aus der Aufstockung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes für den Neubau der GS in Velbert-Mitte wird dem Rat im Rahmen der Haushaltsplanung 2018 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Sämtliche Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung oder von Einzelfreigaben durch die Bezirksregierung Düsseldorf.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür,
4 Stimmen dagegen
(Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke; FDP; UVB)
0 Enthaltungen

10. Bestellung des allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters aus dem Kreis der Beigeordneten

Vorlage: 127/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein, begründet die erforderliche Bestellung eines allgemeinen Vertreters für seine Person aus dem Kreis der Beigeordneten und stellt den Beschluss ohne weitere Wortmeldungen zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Herr Beigeordneter Ansgar Bensch wird mit Wirkung vom 01.06.2017 zum Allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters bestellt. Er führt die Amtsbezeichnung „Erster Beigeordneter“.
2. Der Erste Beigeordnete Ansgar Bensch wird mit Wirkung vom 01.06.2017 in die Besoldungsgruppe B 4 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) eingewiesen. Die an ihn zu zahlende Aufwandsentschädigung wird auf 274,20 € monatlich festgelegt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

11. Mieten für städtische Immobilien

Vorlage: 136/2017

Dem Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der Fraktion Velbert anders zugrunde.

Einleitend teilt der Bürgermeister mit, dass die Immobilien der TBV AöR nicht von Dritten genutzt bzw. an Dritte vermietet würden. Hinsichtlich der Vermietung der Immobilien der Töchterunternehmen der BVG weist der Bürgermeister darauf hin, dass noch entsprechende Gespräche mit den Nutzern geführt werden müssten.

Die Fraktion Velbert anders berichtet, dass ggf. nicht alle Sportvereine dem Ratsbeschluss vom 13.12.2016 zugestimmt hätten. Zwei Vereine hätten dieser Vereinbarung nicht zugestimmt. Es wird nachgefragt, was denn nun stimme.

Die Verwaltung teilt mit, dass es noch Einzelfälle geben würde, bei denen noch abschließende Gespräche anstünden. Es sei vorgesehen im Mai, die Entwürfe der Mietverträge den Vereinen zukommen zu lassen.

Mit den ersten Zahlungseingängen sei gegen Mitte des Jahres 2017 zu rechnen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

12. **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

- Open Data -

Vorlage: 124/2017

Seitens der Fraktion Bündnis 90/die Grünen wird der Antrag begründet und für die Gewährleistung einer Diskriminierungsfreiheit für die Veröffentlichung von Daten plädiert. In diesem Zusammenhang wird auf das blinde Fraktionsmitglied und die bestehende Verpflichtung hingewiesen, dass für jeden die Daten zugänglich gemacht werden müssten.

Die CDU-Fraktion führt aus, das Vorhaben grundsätzlich zu unterstützen; jedoch sollte die Open Data Strategie sich nicht an den veralteten Eckpunkten der weltweit anerkannten Open Government Working Group aus dem Jahr 2007 orientieren.

Der Bürgermeister zeigt auf, dass derzeit aktuell über 17.000 Dokumente auf der Homepage der Stadt Velbert abrufbar seien und somit bereits jetzt ein riesiger Datenbestand der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werde. Zudem sei fraglich, ob und in wie weit die Daten auch abgerufen würden.

Seitens der Verwaltung (IT-Abteilung) wird nach dem konkreten Bedarf gefragt und darauf verwiesen, dass in NRW lediglich 33 Kommunen das Open Data Portal verwenden würden. Eine solche Einführung sei mit einem sehr großen Aufwand (Personal- und Finanzressourcen) verbunden.

Seitens der Fraktion Velbert anders wird auf den existierenden IT-Arbeitskreis verwiesen und angeregt, dass vor einer Beschlussfassung in dieser Angelegenheit sich dort zunächst das Wort gegönnt werden sollte.

Diese Anregung wird von der Piraten Fraktion unterstützt, Der vorliegende Antrag gehe in die richtige Richtung. In dem Arbeitskreis IT sollte festgelegt werden welche Daten über Open Data abrufbar gestellt werden sollten. Es sollte ein Open Data-Plan spezifiziert werden.

Mit dem empfehlenden Hinweis des Bürgermeisters, dass die Basis in der IT-Arbeitsgruppe zunächst für einen möglichen Einsatz von Open Data geschaffen werden sollte und der Feststellung, dass die aufkommenden Fachfragen in der heutigen Sitzung nicht beantwortet werden könnten, wird seitens der antragstellenden Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/die Grünen, dafür plädiert, die Entscheidungsfindung in den kommenden Rat zu schieben und auf eine heutige Abstimmung zu verzichten.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Städtische Daten und Informationen sollen in Zukunft grundsätzlich in offenen Formaten und unter freien Lizenzen bereitgestellt werden. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, bis zum Ende des Jahres 2017 eine/n Open-Data Beauftragte/n zu benennen, eine Open

Data-Strategie zu entwickeln, die sich an den Eckpunkten der weltweit anerkannten Open Government Working Group aus dem Jahr 2007 orientiert.

Bereitstellung von Rohdaten, Maschinenlesbarkeit, nichtproprietäre Bereitstellung, Vollständigkeit, zeitnahe Veröffentlichung, nichtdiskriminierende und kostenlose Bereitstellung.

Ausnahmen von diesen Grundsätzen sind z.B. aus datenschutztechnischen Gründen möglich, bedürfen jedoch einer transparent kommunizierten Begründung. Die Veröffentlichung der Daten soll im Open Data-Portal des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgen. Von der Schaffung einer eigenen Infrastruktur zur Bereitstellung der Daten kann daher abgesehen werden.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

13. Haushaltsangelegenheiten

13.1 Haushaltsangelegenheiten

hier: Ermächtigungsübertragungen von 2016 nach 2017

Vorlage: 132/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und nachdem seitens der SPD-Fraktion dafür plädiert worden ist, anstelle in eine Telefonanlage lieber in Mobiltechnologie zu investieren, stellt der Bürgermeister den Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Die in der nachstehenden Übersicht aufgeführten Ermächtigungsübertragungen von 2016 nach 2017 mit der Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres (2017) werden hiermit gemäß § 22 Abs. 4 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO) zur Kenntnis genommen.

Budget	Bezeichnung	Ermächtigungsübertragung nach 2017 €	Erläuterungen
	Ermächtigungsübertragungen gem. Dienstanweisung		Ziffer 2. 1) Für Aufwendungen bei Auftragserteilungen im Vorjahr
	<u>Ergebnisplan</u>		
FB 1 Zentrale Dienste	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	27.531,96	Auftragsabwicklungen aus 2016 für diverse IT-Komponenten (u.a. neuer Server für Rettungsdienst, Serverumzug SD-Net, Schulungen, Konzepterstellung / Ausschreibung für neue TK-Anlage)
FB 3 Stadtentwicklung	Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.000,00	Auftragsabwicklung aus 2016 für Gutachten im Bereich Stadtplanung (Langenberger Straße), da Rechnung erst in 2017
<u>Summe</u>		<u>67.531,96</u>	
	<u>Finanzplan Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</u>		

Budget	Bezeichnung	Ermächti- gungs- übertragung nach 2017 €	Erläuterungen
Stabsstelle 14	Erstattungen an sonstigen öf- fentlichen Bereich	110.000,00	Übertragung aufgrund zeitliche Verschie- bung der Rechnungstellung der überörtli- chen Prüfung durch die GPA, da Rechnung erst in 2017
FB 1 Zent- rale Dienste	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	27.531,96	Auftragsabwicklungen aus 2016 für diverse IT-Komponenten (u.a. neuer Server für Ret- tungsdienst, Serverumzug SD-Net, Schu- lungen, Konzepterstellung / Ausschreibung für neue TK-Anlage)
FB 3 Stadt- entwicklung	Sonstige ordentliche Auszah- lungen	40.000,00	Auftragsabwicklung aus 2016 für Gutachten im Bereich Stadtplanung (Langenberger Straße), da Rechnung erst in 2017
FB 3 Stadt- entwicklung	Transferauszahlungen	2.571.800,00	Übertragung aufgrund zeitlich verzögerte Abrechnungen der Fördermittelempfänger
<u>Summe</u>		<u>2.735.035,75</u>	
	<u>Finanzplan</u> <u>Auszahlungen aus Investiti- onstätigkeit</u>		
	Ermächtigungsübertragun- gen gem. Dienstanweisung		Ziffer 3. 1) Für Investitionen zur Fortführung begon- nener Maßnahmen
FB 1 Zent- rale Dienste	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögens- gegenständen	170.000,00	Übertragung im Bereich Informationstechnik (Auftragsabwicklung aus 2016 - Office-Um- stellung)
FB 1 Zent- rale Dienste	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögens- gegenständen	3.775,87	Übertragung im Bereich Informationstechnik (Auftragsabwicklung aus 2016 - Software)
FB 1 Zent- rale Dienste	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	3.246,35	Übertragung im Bereich Informationstechnik (Auftragsabwicklung aus 2016 - Hardware)
FB 4 Bürger- dienste	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	1.097.577,21	Übertragung im Bereich Brandschutz – u.a. Anschaffung Löschfahrzeuge, Umbau Ein- satzzentrale, Feuerwehrgeräte
FB 8 Wirt- schaftsförde- rung	Auszahlungen für den Erwerb von unbebauten Grundstücken und Gebäuden	3.776.351,00	Grundstückserwerbsabwicklung aus 2016 (u.a. Langenberger Straße)
FB 6 Bil- dung, Kultur und Sport	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	85.000,00	Übertragung für die Ausstattung der Schu- len
FB 6 Bil- dung, Kultur und Sport	Auszahlungen für Baumaß- nahmen	166.719,58	Übertragung für die Sanierung Hockeyplatz
FB 7 Immo- bilienservice	Auszahlungen für Baumaß- nahmen	1.432.432,00	Übertragung für den Neubau Feuerwehr Tönisheide, Sanierung Umkleidegebäude Sportplatz Nizzatal und Sanierung von Ge- bäuden
Deckungs- budget	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	1.216.139,60	Übertragung für die Eigenkapitalzuführung an die KVV Kultur- und Veranstaltungs- GmbH für das Sportzentrum.
	Ermächtigungsübertragun- gen gem. Dienstanweisung		Ziffer 3. 2) Für Investitionen, die im abgelaufenen Haushaltsjahr nicht in Anspruch genom- men wurden

Budget	Bezeichnung	Ermächti- gungs- übertragung nach 2017 €	Erläuterungen
FB 1 Zent- rale Dienste	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögens- gegenständen	55.000,00	Übertragung im Bereich Informationstechnik (Anschaffung Software Anordnungswor- kflow)
FB 1 Zent- rale Dienste	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	7.500,00	Übertragung im Bereich Logistik (Anschaffung Kuvertiermaschine)
FB 3 Pla- nung und Bauordnung	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	1.700,00	Übertragung im Bereich Planung (Anschaf- fung Büroausstattung)
FB 4 Bürger- dienste	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	835.000,00	Übertragung im Bereich Brandschutz – u.a. Anschaffung Löschfahrzeuge, Feuerweh- geräte
FB 4 Bürger- dienste	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	56.000,00	Übertragung im Bereich Ordnungsamt (Er- satzbeschaffung von 2 Fahrzeugen für den KOD)
FB 6 Bil- dung, Kultur und Sport	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	337.000,00	Übertragung für die Ausstattung der Schu- len, Sportanlagen und Stadtarchiv
	Ermächtigungsübertragun- gen gem. Dienstanweisung		Ziffer 3. 3) Für Investitionen auf der Grundlage von Fördermaßnahmen
FB 5 Ju- gend, Fami- lie und Sozi- ales	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagever- mögen	150.000,00	Übertragung für den Umbau des Jugend- zentrums Höferstraße in ein Veranstal- tungshaus (Ausstattung)
FB 6 Bil- dung, Kultur und Sport	Auszahlungen für Baumaß- nahmen	8.654,48	Übertragung für das Schloss Harden- berg/Wehranlagen
FB 7 Immo- bilienservice	Auszahlungen von Baumaß- nahmen	2.316.960,00	Übertragung für den Umbau des Jugend- zentrums Höferstraße in ein Veranstal- tungshaus, Umbau des Gebäudes Vogteier Straße 6, Neubau „Sprachbox“, Sanierung Kindergarten Am Schwanefeld
Summe		<u>11.719.056,09</u>	

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

13.2 Haushaltsangelegenheiten Stand der HSP-Maßnahmen zum IV. Quartal 2016 Vorlage: 134/2017

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion gibt der I. Beigeordnete, Herr Richter, einen aktuellen Sachstandsbericht zur Maßnahme 43 „Kostenersatz bei Aufnahme von Kindern aus anderen Städten in Kitas“.

Die aufgekommene Frage nach der konkreten Anzahl der Kinder aus Velbert, die in anderen Städten betreut werden, kann von der Verwaltung ad hoc nicht beantwortet werden. Die Nachreichung der Zahlen wird vom Bürgermeister zugesagt.

Die Maßnahme 9 „Optimierung Angebot und Organisation der Musik- und Kunstschule“ wird ausgiebig diskutiert.

Die von der CDU-Fraktion aufgeworfenen Frage, wie die Verwaltung gedenke, den Fehlbetrag von ca. 1,5 Mio. € haushaltstechnisch auszugleichen, kann konkret nicht beantwortet werden. Es wird moniert, dass gefasste Ratsbeschlüsse nicht umgesetzt würden. Dies sei nicht hinnehmbar. Die Ratsbeschlüsse können nicht einfach ignoriert werden. Der 1. Beigeordnete, Herr Richter, teilt mit, dass es diesbezüglich „keine neuen Ideen“ geben würde und die Mitarbeiter langfristig beschäftigt seien.

Die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Velbert anders und FDP schließen sich den Ausführungen der CDU-Fraktion an und tragen ihre Unzufriedenheit über die Nichteinhaltung der Sparziele der Musik- und Kunstschule vor.

Dem abschließenden Vorschlag des Bürgermeisters, die HSP-Maßnahme Nr. 9 bzw. die Situation der „Musik- und Kunstschule“ nochmals gesondert im Haupt- und Finanzausschuss vorzustellen, die vorliegenden Probleme entsprechend aufzuzeigen und mögliche Ansatzpunkte / Lösungsvorschläge zu präsentieren, stimmt der Ausschuss einmütig zu.

Auf die Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, warum bei der HSP-Maßnahme Nr. 8 „Senkung Zuschussbedarf für die OGS“ mehr eingespart worden sei als geplant, teilt die Verwaltung mit, dass das Jahr 2009 als Basisjahr zugrunde gelegt wurde und die Landeszuweisungen höher ausgefallen seien.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

14. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen

14.1 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2016

Vorlage: 133/2017

Der Bürgermeister führt kurz in die Thematik ein und stellt den Beschluss ohne weitere Wortmeldungen zur Abstimmung.

Beschluss:

Von den nachstehend aufgeführten nicht erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 wird Kenntnis genommen:

Budget	Bezeichnung	Ansatz Haus- haltsplan 2016 €	Bisher üpl/apl o. durch Mittel- übertragung bereitgestellt €	Erhöhung um €	Zur Verfü- gung ste- hende Haus- haltmittel 2016 €	Erläuterungen
FB 3 Stadt- entwicklung	Transferauszah- lungen an ver- bundene Unter- nehmen (weiter- geleitete Förder- mittel an TBV)	1.330.200	1.838.384,87	3.000.000	6.168.584,87	Aufgrund der zeitlichen Zuordnung zwischen Ergebnis 2015 und dem Auszahlungszeitpunkt 2016 war die Erhöhung des Ansatzes erforderlich. Die Auszahlung ist gedeckt durch Einzahlungen aus Landeszuweisungen.
FB 4 Bürger- dienste	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	770.000	0	249.000	1.019.000	Beim Rettungsdienst war in 2015 eine Rück-

Budget	Bezeichnung	Ansatz Haus- haltsplan 2016 €	Bisher üpl/apl o. durch Mittel- übertragung bereitgestellt €	Erhöhung um €	Zur Verfü- gung ste- hende Haus- haltmittel 2016 €	Erläuterungen
						stellung aufgrund er- warteter Korrekturab- rechnungen von Not- arzteinsatzfahrzeug- Gebühren (NEF-Geb- ühren) mit dem Kreis gebildet worden, die Auszahlung erfolgte in 2016 und ist gedeckt durch Mehreinzahlun- gen bei diversen Posi- tionen.
FB 5 Ju- gend, Fami- lie und Sozi- ales	Aufwendungen/ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen für Asylbewerber/ soziale Einrich- tungen	71.000	0	325.000	396.000	Mehrbedarf für die Versorgung und Be- treuung von Flüchtlin- gen, gedeckt durch Kostenerstattungen des Landes nach FlüAG
FB 5 Ju- gend, Fami- lie und Sozi- ales	Transferaufwen- dungen/ Auszah- lungen für Asyl- bewerber	2.590.890	0	2.725.920	5.316.810	Mehrbedarf für die Versorgung und Be- treuung von Flüchtlin- gen, gedeckt durch Kostenerstattungen des Landes nach FlüAG
FB 5 Ju- gend, Fami- lie und Sozi- ales	Sonstige ordentli- che Aufwendun- gen/ Auszahlun- gen für Asylbe- werber/ Soziale Einrichtungen	155.480	0	36.590	192.070	Mehrbedarf für die Versorgung und Be- treuung von Flüchtlin- gen, gedeckt durch Kostenerstattungen des Landes nach FlüAG
FB 5 Ju- gend, Fami- lie und Sozi- ales	Auszahlungen für den Erwerb v. beweglichen An- lagevermögen bei Einrichtungen zur Förderung junger Men- schen/Familien	8.000	0	25.000	33.000	Anschaffung eines neuen PKW aus Spen- denmitteln für das Kin- derheim
FB 7 Immo- bilienservice	Aufwendungen/ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen f. Flüchtlingsun- terkünfte	0	0	3.435.820	3.435.820	Mehrbedarf für die Versorgung und Be- treuung von Flüchtlin- gen, gedeckt durch Kostenerstattungen des Landes nach FlüAG
FB 7 Immo- bilienservice	Sonstige ordentli- che Aufwendun- gen/ Auszahlun- gen f. Flücht- lingsunterkünfte	0	0	1.569.420	1.569.420	Mehrbedarf für die Versorgung und Be- treuung von Flüchtlin- gen, gedeckt durch Kostenerstattungen des Landes nach FlüAG
FB 7 Immo- bilienservice	Bilanzielle Ab- schreibung von Gebäuden (Flüchtlingsunter- künfte)	0	0	314.250	314.250	Mehrbedarf für die Versorgung und Be- treuung von Flüchtlin- gen, gedeckt durch Kostenerstattungen des Landes nach FlüAG

Budget	Bezeichnung	Ansatz Haus- haltsplan 2016 €	Bisher üpl/apl o. durch Mittel- übertragung bereitgestellt €	Erhöhung um €	Zur Verfü- gung ste- hende Haus- haltmittel 2016 €	Erläuterungen
Stiftungs- budget	Transferaufwen- dungen/ Auszah- lungen	0	0	35.000	35.000	Mehrbedarf aufgrund einer Spende an die Kulturstiftung Pro Vel- bert zur Weitergabe an die KVV anlässlich der Eröffnung des Bürger- hauses

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

15. Nachträge

15.1 Anfrage der Fraktion Piraten Partei Gebühren in Nachbarstädten für die Sondernutzungen öffentlicher Flächen Vorlage: 151/2017

Da seitens der anfragenden Fraktion Piraten Partei auf Nachfrage des Bürgermeisters die Art der Gebühren (Sondernutzungstatbestände) nicht konkretisiert werden können, verständigt man sich darauf, die Anfrage „bilateral“ zu klären.
Der Fraktionsvorsitzende der Piraten Partei werde sich diesbezüglich an den Bürgermeister wenden.

Anfrage der Faktion Piraten Partei:

Welche Gebühren werden in unseren Nachbarstädten für die Sondernutzungen öffentlicher Flächen erhoben?

Beratungsergebnis: Vertagt

16. Mitteilungen der Verwaltung

Es erfolgen keine Mitteilungen der Verwaltung.

17. Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende der öffentlichen Sitzung gegen 19:10 Uhr

Für die Richtigkeit der Niederschrift:

__gez._____
(Lukrafka)

Vorsitzender

__gez._____
(Welte)

Schriftführer